

GR. Stefan Haberler, MBA

14.02.2019

A N T R A G

Betr.: 30er Zone in der Alten Poststraße zwischen Hans Groß Gasse und der Kreuzung mit der Wagner Jauregg Straße

Seit einem Jahr kämpft man im Bezirk Puntigam für eine 30er Zone in der Alten Poststraße zwischen Hans Großgasse und Wagner Jauregg Straße, zumal in diesem Straßenabschnitt massive Geschwindigkeitsüberschreitungen gemessen werden bzw. sich fast monatlich Verkehrsunfälle auf der Kreuzung Alten Poststraße mit der Wagner Jauregg Straße ereignen, obwohl diese als „Bilderbuchkreuzung“ ausgestaltet ist und im Kreuzungsbereich schon eine 30 km/h-Beschränkung gilt.

Daher stelle ich namens des ÖVP–Gemeinderatsclubs den

Antrag:

Die Mag.Abt A 10/1 - Straßenamt wird ersucht, zur Hebung der Verkehrssicherheit bzw. Senkung der Unfallzahlen zu prüfen, ob die Verordnung einer 30 km/h-Beschränkung im Abschnitt Hans Großgasse und Wagner Jauregg Straße der Alten Poststraße möglich ist.

GR Sissi POTZINGER

14.2.2019

Betreff: Entschärfung einer Gefahrenquelle in der Körblergasse

Sehr geehrter Herr Bürgermeister!

Im Bereich Körblergasse 25 – Bushaltestelle „Goethestraße“ verengt sich die Körblergasse und bildet eine Kurve. Die Gehsteigkante wird dort bei schlechten Lichtverhältnissen (Nebel, Regen, Dunkelheit, Schneefall) leicht übersehen – zahlreiche Reifenspuren zeugen davon.

Daher stelle ich namens des ÖVP-Gemeinderatsclubs folgenden

ANTRAG:

Die ressortzuständige Abteilung wird ersucht, diese potentielle Gefahrenquelle ehestmöglich durch entsprechende Maßnahmen (etwa durch Anbringen von Leichtstreifen) zu kennzeichnen und so Unfälle vermeiden zu helfen.

GR. Mag. Gerhard SPATH

14.02.2019

A N T R A G

Betr.: Straßenbeleuchtung Hohenrainstraße

Vor mehr als 10 Jahren stellte ich den Antrag, die Errichtung einer Straßenbeleuchtung im Bereich GVB Endhaltestelle Petri Au bis Hohenrainstraße 136 (auf ca. 500 m Länge) zu prüfen und zu errichten. Als Antwort erhielt ich damals, dass die Errichtung technisch möglich wäre, es allerdings derzeit an den finanziellen Mitteln fehle.

2012 traten Anrainer/innen der hinteren Hohenrainstraße wiederum mit der Bitte an mich heran, die Stadt Graz / Holding Graz möge die Straßenbeleuchtung im oben genannten Abschnitt errichten. Ein weiterer Antrag von mir an den Gemeinderat wurde mit dem Hinweis, dass eine Errichtung in die Prioritätenliste aufgenommen wird, aber derzeit die finanziellen Mittel nicht vorhanden sind, beantwortet.

Jetzt 7 Jahre später gibt es nach wie vor keine Straßenbeleuchtung im besagten Bereich. Dies lässt vermuten, dass auf die Beleuchtung der Hohenrainstraße im oben genannten Bereich vergessen wurde.

Die Benutzung der Hohenrainstraße in diesem Abschnitt als Lauf- und Spazierweg hat in den letzten 10 Jahren stark zugenommen. Das angrenzende Naherholungsgebiet der Stadt Graz, Schloss Lustbühel, ist Anziehungspunkt für Eltern mit Kinder, für Läufer, Walker und Spaziergänger.

Inzwischen wurden am Kreuzungspunkt Petri Au mehrere Wohneinheiten errichtet, im oberen Teil der Hohenrainstraße sind weitere im Entstehen. Somit nimmt die Bewohneranzahl in diesem Bereich stetig zu. Darüber hinaus nutzen Anrainer dieses unbeleuchtete Straßenstück als Fußweg, um zur Endhaltestelle der Linie 69 Petri Au zu gelangen. Im Finstern diesen Streckenabschnitt zu begehen, ist niemandem zumutbar.

Die fehlende Beleuchtung stößt bei der Bevölkerung zunehmend auf Unverständnis, da es sich um keine große Investition handelt und die Beleuchtung der Sicherheit aller Verkehrsteilnehmer dient.

Namens des ÖVP-Gemeinderatsclubs stelle ich daher den

Antrag:

Frau Verkehrsstadträtin Elke Kahr wird ersucht, die Errichtung einer Straßenbeleuchtung in der Hohenrainstraße zwischen Petri Au und Hohenrainstraße 136 zu beauftragen, womit der fehlende ca. 500 Meter lange unbeleuchtete Streckenabschnitt geschlossen wird.



KPÖ-Gemeinderatsklub
8011 Graz – Rathaus
Hofgebäude, Zimmer 114–118

Tel.-Nr.: + 43 (0) 316 – 872 2150
+ 43 (0) 316 – 872 2151
+ 43 (0) 316 – 872 2152
+ 43 (0) 316 – 872 2153

Fax: + 43 (0) 316 – 872 2159

E-Mail: kpoe.klub@stadt.graz.at

Gemeinderat Mag. Andreas Fabisch

Donnerstag, 14. Februar 2019

Antrag

Betrifft: Ausstattung von Schulbibliotheken mit Exemplaren des Buches „Unfassbare Wunder“ von Alexandra Förderl-Schmid

Es sind meist die Einzelschicksale, die besonders berühren – nicht anonyme Zahlen in Statistiken. Über die Opfer des NS-Terrors sind millionenfache Biografien erschienen, die den Horror von Erniedrigung, sadistischer Quälerei, Verstreibung oder Ermordung eindringlich darstellen. Mit Überlebenden des Holocaust hat Alexandra Förderl-Schmid gesprochen. Diese Erzählungen bieten einen enorm wichtigen Beitrag zur politischen Bildung, vor allem der Jugend.

Ich stelle daher namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs folgenden

Antrag

Die Stadt Graz lässt allen Grazer Schulen im Sekundarbereich (NMS, PTS, AHS und BHS) je drei Exemplare des Buches „Unfassbare Wunder“ von Alexandra Förderl-Schmid für die jeweiligen Schulbibliotheken zukommen.



KPÖ-Gemeinderatsklub

8011 Graz – Rathaus
Hofgebäude, Zimmer 114–118

Tel.-Nr.: + 43 (0) 316 – 872 2150
+ 43 (0) 316 – 872 2151
+ 43 (0) 316 – 872 2152
+ 43 (0) 316 – 872 2153

Fax: + 43 (0) 316 – 872 2159

E-Mail: kpoe.klub@stadt.graz.at

Gemeinderätin Elke Heinrichs

Donnerstag, 14. Februar 2019

Antrag

Betrifft: **Herrgottwiesgasse 292**

wie den Medien zu entnehmen war, wurde die Asyl-Betreuungsstelle in der Herrgottwiesgasse 292 mit Ende des letzten Jahres geschlossen. Das eingerichtete Containerdorf befand sich auf einem Grundstück der Stadt Graz.

Nachdem der Bau neuer Gemeindewohnungen einer langen Vorlaufzeit bedarf, ist es bereits jetzt notwendig für die Grundstücksbevorratung zu sorgen. Auf der 6.000 Quadratmeter großen Fläche könnte eine erkleckliche Anzahl von Gemeindewohnungen entstehen.

Ich stelle daher namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs folgenden

Antrag

Die zuständigen Stellen der Stadt Graz werden aufgefordert, Maßnahmen zu ergreifen, um auf diesem Grundstück kommunalen Wohnbau zu errichten.



KPÖ-Gemeinderatsklub
8011 Graz – Rathaus
Hofgebäude, Zimmer 114–118

Tel.-Nr.: + 43 (0) 316 – 872 2150
+ 43 (0) 316 – 872 2151
+ 43 (0) 316 – 872 2152
+ 43 (0) 316 – 872 2153

Fax: + 43 (0) 316 – 872 2159

E-Mail: kpoe.klub@stadt.graz.at

Gemeinderat Christian Sikora

Donnerstag, 14. Februar 2019

Antrag

Betrifft: Indoorspielplätze

Mit dem Kindermuseum und zahlreichen Indoorsportmöglichkeiten gibt es in Graz zwar ein gutes Angebot für Kinder und Jugendlichen, gerade für die Kleinsten fehlen allerdings passende Freizeitaktivitäten für die Wintermonate oder für Schlechtwettertage. Für Kinder von null bis zehn Jahren gibt es kaum Angebot. Seit einiger Zeit gibt es in Graz keinen Indoorspielplatz – ausgenommen in Einkaufszentren und Möbelhäusern, die aber mit einem Einkauf verbunden sind – mehr, denn sowohl die „Regenbogenwelt“ als auch „Ellas Kinderzimmer“ mussten ihre Pforten schließen.

Die Regenbogenwelt ist aus Graz abgezogen, weil Fürstenfeld mit einer großzügigen Förderung an die Betreiber herantreten ist. Die Stadt Graz hätte zwar mit 5.000 Euro im Jahr die Betreiber unterstützt – bei einer Miete von 8.000 Euro jedoch ein Tropfen auf den heißen Stein.

Weil die Mieten für geeignete Flächen in Graz aber sehr hoch sind und es ein wetterabhängiges Geschäft ist, kann ein Überleben vor allem über die Sommermonate ohne finanzielle Hilfe kaum gestemmt werden. Auch das beliebt gewesene „Ellas Kinderzimmer“ musste aus diesen Gründen seine Pforten schließen.

In Graz gibt es noch sehr viele leerstehende Flächen, die für einen Indoorspielplatz geeignet wären. Nur sind auch da die Mieten extrem hoch.

Ich stelle daher Namens des KPÖ Graz Gemeinderatsklubs folgenden

Antrag

Die zuständigen Stellen des Magistrats sowie der zuständige Herr Stadtrat werden höflichst ersucht zu evaluieren, welche Möglichkeiten es von Seiten der Stadt Graz gibt, um zukünftige Indoorspielplatzbetreiber zu unterstützen bzw. zu fördern, um wieder wetterunabhängige Spielplätze für unsere Kleinsten zu ermöglichen.

Antrag, eingebracht in der Gemeinderatssitzung vom **14. Februar 2019** von Gemeinderat Christoph Hötzl

An den
Gemeinderat der
Landeshauptstadt Graz

Graz, am 14.02.2019

Betreff: Wohnstraße im Fruhmannweg, 8042 Graz
Antrag

Sehr geehrter Herr Bürgermeister!

Der Fruhmannweg im 8. Grazer Stadtbezirk St. Peter befindet sich im südöstlichsten Teil des Bezirks in unmittelbarer Nähe zur Stadt- bzw. Gemeindegrenze mit der Gemeinde Raaba. Die Bebauung ist durch Einfamilienhäuser in mehr oder weniger siedlungsartiger Verbauung geprägt. Die ansässige Wohnbevölkerung besteht zu einem großen Teil aus Jungfamilien mit Kindern und Kleinkindern. Da der Fruhmannweg, der sich in zwei Zweige aufgabelt in beide Richtungen eine Sackstraße darstellt und sich im Anfangsbereich eine Tagesmutter-Einrichtung befindet, halten sich verhältnismäßig viele Kinder mit ihren Eltern, welche zur oder von der Tagesmutter kommen oder aber spazieren gehen, auf der Straße auf. Ausdrücklich festzuhalten ist, dass es im gesamten Fruhmannweg keinen Gehsteig gibt! Nach mehreren bisher leider erfolglosen Versuchen der ansässigen Bewohner, über die zuständigen Ämter eine Verkehrsberuhigung – welcher Art auch immer – zu erreichen, ist es höchst an der Zeit, den Zustand zu verbessern und den vor Ort herrschenden Lebensbedingungen endlich anzupassen.

Aufgrund der beschriebenen und nicht zufriedenstellenden Ausgangssituation stelle ich namens des Freiheitlichen Gemeinderatsklubs nachfolgenden

Antrag

gem. § 17 der GO f. d. Gemeinderat
der Landeshauptstadt Graz

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Die zuständigen Ämter werden ersucht zu prüfen, ob im Fruhmannweg eine Wohnstraße verordnet werden kann. Sollte die Prüfung ein positives Ergebnis nach sich ziehen, werden die zuständigen Ämter ersucht, unverzüglich die notwendigen Maßnahmen in die Wege zu leiten. Für den Fall, dass eine Wohnstraße nicht verordnet werden kann, mögen Möglichkeiten zur Errichtung von geeigneten baulichen Maßnahmen wie beispielsweise Bodenschwellen oder das Aufstellen großer Blumentröge, welche dazu geeignet sind, die Sicherheit von Fußgängern und insbesondere von Kindern deutlich zu erhöhen, geprüft und gegebenenfalls umgesetzt werden.



Antrag der Grünen-ALG

eingbracht in der Gemeinderatssitzung vom 14. Februar 2019

von

Klubobmann GR Karl Dreisiebner

Betrifft: Einbau von Abbiegeassistenten in stadteigene LKWs

In Wien wurde Ende Jänner ein Schulkind von einem abbiegenden LKW getötet. Es ist nicht der erste tragische Unfall dieser Art, 14 Menschen, die zu Fuß oder per Rad unterwegs waren, starben allein im letzten Jahr bei Unfällen mit LKWs.

Es gibt eine technische Möglichkeit, tragische Unfälle dieser Art zumindest deutlich zu reduzieren. Mit dem Einbau eines elektronischen LKW-Abbiegeassistenten, der auch keine Unsummen kostet, kann der Problematik des toten Winkels, die den meisten dieser Unfälle zugrunde liegt, effektiv begegnet werden.

Die große Betroffenheit, die der Tod des 9-jährigen ausgelöst hat, belegen mehr als 42.000 Unterschriften, die eine Petition zum Thema bislang schon erreicht hat.

<https://mein.aufstehn.at/petitions/verpflichtende-nachrüstung-von-abbiegeassistenten-fur-lkws-jetzt-1>

Auch auf anderer Ebene starteten durch den tragischen Tod des Schulkindes erneut Diskussionen um die LKW-Abbiegeassistenten. Von Seiten der EU-Kommission ist eine Einbauverpflichtung für solche Abbiegeassistenten für LKWs zwar geplant, allerdings soll diese erst 2024 in Kraft treten. Während Verkehrsminister Hofer einen Verkehrsgipfel zum Thema ankündigte, setzt die Stadt Wien allerdings bereits konkrete Schritte. Der Fuhrpark der Verkehrsabteilung der Stadt Wien, bestehend aus 37 LKWs wird bereits umgerüstet, für die Müllfahrzeuge wird gerade die geeignete technische Lösung gesucht.

Es ist zu hoffen, dass es zu einer raschen österreichweiten gesetzlichen Regelung kommt, die den Einbau von Abbiegeassistenten bei LKWs verpflichtend vorschreibt. Eine noch fehlende gesetzliche

Regelung hindert uns als Stadt jedoch nicht daran, schon jetzt im eigenen Bereich dafür zu sorgen, dass jene LKWs nachgerüstet werden, die der Stadt bzw. ihren Beteiligungen gehören oder im Auftrag der Stadt Dienste durchführen.

Daher stelle ich folgenden

Antrag

Im Sinne der Verkehrssicherheit insbesondere von Kindern wird Beteiligungsreferent Dr. Günter Riegler ersucht, mit den Verantwortlichen bei der Holding und bei anderen städtischen Beteiligungen Gespräche aufzunehmen und dafür Sorge zu tragen, dass es zu einer möglichst raschen Nachrüstung der LKWs mit Abbiegeassistenten kommt.



Antrag der Grünen-ALG

eingbracht in der Gemeinderatssitzung vom 14. Februar 2019

von

Klubobmann GR Karl Dreisiebner

Betrifft: Verbesserte personelle Ausstattung der Holding Graz Linien für die anstehenden Infrastrukturmaßnahmen für den laufenden und zukünftigen Straßenbahn-Netzausbau

Im Jänner 2019 gab Verkehrsstadträtin Elke Kahr bekannt, dass der letzte Abschnitt des schon lange geplanten zweigleisigen Ausbaus der Linie 1 zwischen Mariagrün und Mariatrost nicht wie im Gemeinderat beschlossen dieses Jahr im Sommer fertiggestellt werden kann, sondern es eine Verschiebung auf das Jahr 2021 geben soll. Begründet wurde die Verschiebung, die offensichtlich in einer Sitzung des Holding Graz Linien Kontrollgremium beschlossen wurde, damit, dass es aufgrund der Vielzahl an aktuell anstehenden Netzausbauprojekten einen Engpass bei den einschlägigen Personalressourcen der Holding gäbe, d.h. dass es im Vergleich zum Arbeitsanfall zu wenig MitarbeiterInnen im Bereich der Holding Graz GmbH gäbe.

Das ist aktuell natürlich zur Kenntnis zu nehmen, wiewohl Sie und die Verkehrstadträtin noch am 7.6.2017 in den Medien so zitiert wurden: „Sowohl die Grazer Verkehrsreferentin Elke Kahr (KPÖ) als auch Finanzreferent Günter Riegler (ÖVP) verkündeten die frohe Botschaft: Man habe 2,3, Millionen Euro aufgetrieben, um die Strecke der Straßenbahnlinie 1 in einem bestimmten Abschnitt zweigleisig auszubauen. Bis zum Jahr 2019.“ Der vollständige Artikel unter:

www.kleinezeitung.at/steiermark/graz/5230812/Grazer-Budget_Politik-enthuehlt_Grazer-Bimlinie-1-wird-jetzt

Nun stehen nicht nur die aktuell beschlossenen und finanzierten Ausbauprojekte Innenstadtentlastung über den Andreas-Hofer-Platz, Verlängerungen zur Smart City und nach Reininghaus an, es sind weitere große Projekte zumindest vorzuplanen und - hoffentlich eher früher als später – auf Schiene zu bringen.

Nicht nur die Verkehrsstadträtin bestätigte die Notwendigkeit einer baldigen Inangriffnahme der Südwest-, wie auch der Northwest-Linie in einem Pressegespräch, am Dienstag, den 12.2.2019 hat auch Bürgermeister Mag, Siegfried Nagl bei einer Veranstaltung der Wirtschaftskammer zum Thema Mobilität die Notwendigkeit der Errichtung dieser Linien zugestanden.

Es wird also dauerhaft höhere Personalressourcen im Bereich des Haus Graz und hier insbesondere bei den Holding Linien geben, zumal es politisch wenig vorausschauend ist, wenn wichtige Projekte, die politisch gewollt, ausfinanziert und beschlossen sind, aufgrund personelle Engpässe im Haus Graz und speziell bei der Holding Graz GmbH verzögert, verschoben oder gar abgesagt werden müssten.

In diesem Sinne stelle ich namens der Grünen-ALG folgenden

Antrag

Beteiligungs- und Finanzstadtrat Mag. Günter Riegler wird dringend ersucht, gemeinsam mit dem Management der Holding Graz GmbH umgehend dafür Sorge zu tragen, dass der offensichtlich dauerhaft erhöhte Personalbedarf für aktuelle und in näherer Zukunft anstehende Planungsarbeiten sowie für Abwicklung von baureifen Infrastrukturprojekten (Straßenbahn und Busverkehr) welche dem Aufgabenbereich der Holding Graz Linien zuzuordnen sind, für die kommenden Jahre ausreichend gut abgedeckt werden kann.



Antrag der Grünen - ALG

eingbracht in der Gemeinderatssitzung am 14. Februar 2019

von

GRⁱⁿ Mag.^a Andrea Pavlovec-Meixner

Betreff: Schloßbergmuseum – öffentliche Präsentation und Fachdiskussion

In der Gemeinderatssitzung vom 20.09.2018 hat der Gemeinderat folgenden grünen Zusatzantrag beschlossen: *„Der Gemeinderat der Stadt Graz möge beschließen, vor Auslobung des Realisierungswettbewerbs die Konzeption des künftigen Schloßbergmuseums mit Fachleuten wie VertreterInnen der „BI Schloßberg“, der „Gesellschaft der Freunde des Stadtmuseums“ sowie HistorikerInnen und FremdenführerInnen, die sich seit Jahrzehnten mit der Geschichte des Schloßbergs beschäftigen, zu diskutieren.“*

In der Folge fand am 01. Oktober zwar eine Sitzung statt, zu der auch Personen aus dem im Antrag genannten Kreis eingeladen waren. Auf Basis des damals vorliegenden Konzepts zum Schlossbergmuseum bestand allerdings die Erwartungshaltung, dass weitere Gespräche sowie eine Einbeziehung in die Erarbeitung der Ausschreibung über die Gestaltung der Baulichkeiten und Ausstellung folgen werden.

Seitdem vergingen mehr als 4 Monate ohne weitere Termine, geschweige denn einer öffentlichen Präsentation und Diskussion der Planungen. Die künftigen Beiratsmitglieder wurden nicht in die Wettbewerbsauslobung und Erstellung der Ausschreibung eingebunden, obwohl es dort um so Grundsätzliches wie die künftige Gestaltung der Baulichkeiten und Ausstellung geht. Im Interesse einer transparenten Planung und Abwicklung des Projektes wäre es wünschenswert, wenn es zu einer öffentlichen Präsentation und Information der BürgerInnen gekommen wäre und deren Ergebnisse auch Berücksichtigung in der Auslobung gefunden hätten. Es fand bis dato auch keine öffentliche Präsentation vor BürgerInnen statt.

Anfang dieser Woche wurde nun das Ergebnis des Wettbewerbs im Rahmen einer Pressekonferenz vorgestellt und eine Grobplanung auf der Graz-Web Site veröffentlicht. Dem Vernehmen nach soll der Zugang zur Kanonenbastei künftig kostenpflichtig sein. Dies bedeutet, dass der wohl berühmteste Ausblick auf Graz in Zukunft nicht mehr frei zugänglich sein wird. Auch wenn eine Eintrittsgebühr von „nur“ 2 Euro aufs Erste gering klingt, entsteht daraus für eine Familie mit Kindern eine erhebliche Ausgabe!

Daher stelle ich namens des Grünen Gemeinderatsklubs - ALG folgenden

Antrag

- 1.) Das nunmehr präsentierte Ergebnis des Wettbewerbs möge inklusive der Detailplanung den Grazerinnen und Grazern in einer öffentlichen Veranstaltung präsentiert und diskutiert werden. Daraus resultierende Vorschläge – ebenso wie jene der im Motiventext genannten Fachleute - sollen in der Umsetzungsphase möglichst berücksichtigt werden.
- 2.) Der Zugang zur Kanonenbastei möge weiterhin gratis möglich sein.
- 3.) Weiters möge geprüft werden, das Schloßberg-Museum nicht durch Eintrittsgelder, sondern durch Querfinanzierung (Gastronomie, Tourismus, Märchengrottenbahn, Schloßbergbahn und Schloßberglift) zu erhalten.



Antrag der Grünen - ALG

eingbracht in der Gemeinderatssitzung am 14. Februar 2019

von

GRⁱⁿ Tamara Ussner

Betreff: Stellungnahme Ortweinplatz

Sehr geehrte Frau Stadträtin,

der Ortweinplatz wird im derzeitigen Flächenwidmungsplan als ÖPA (öffentliche Parkanlage) ausgewiesen, trotzdem befinden sich dort noch immer Parkplätze und der Großteil der Fläche ist versiegelt. Es gab bereits zwei Bezirksratsbeschlüsse die eine Begrünung und Entsiegelung der Fläche forderten. Gerade weil im Bezirk Jakomini ein so großer Bedarf an Grünraum besteht, habe ich das Thema mehrfach in den Gemeinderat eingebracht. Bürgermeister Nagl antwortete auf meine diesbezügliche Frage in der Fragestunde, dass aus Sicht der Stadtplanung eine Entsiegelung möglich sei, wenn es eine entsprechende Zustimmung vonseiten des Verkehrsressorts bzw. der Verkehrsabteilung gäbe. In der Vergangenheit wurde nämlich argumentiert, dass auf die Parkplätze am Ortweinplatz nicht verzichtet werden könne.

Den Ortweinplatz seiner im Flächenwidmungsplan zugewiesenen Funktion zuzuführen, ergibt sich nicht nur aus der großen Verkehrsbelastung und der schlechten Grünraumausstattung im Bezirk, auch der Bezirksrat ist einstimmig dafür und hat sogar schon Vorschläge ausgearbeitet, wie die Parkplätze kompensiert werden könnten, die durch eine Entsiegelung des Platzes verloren gehen würden. Daher richte ich an Sie folgenden Antrag:

Die Verkehrsplanung der Stadt Graz erarbeitet bis 1. April 2019 eine Stellungnahme, die sich mit der verkehrlichen Situation rund um den Ortweinplatz und den Möglichkeiten zur Entsiegelung der derzeitigen Parkplätze befasst.

Betreff: Verbesserung der Verkehrssicherheit
im Bereich der Ausfahrt Ulmgasse 14



A-8010 Graz-Rathaus
Telefon: (0316) 872-2120
Fax: (0316) 872-2129
email: spoe.klub@stadt.graz.at
www.graz.spoe.at
DVR: 0828157

Antrag
an den Gemeinderat
eingebracht von Herrn Gemeinderat Mag. Gerald Haßler
in der Sitzung des Gemeinderates
vom 14.02.2019

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,

die Ulmgasse im Bezirk Straßgang ist in den letzten Jahren stark verbaut worden. Bedingt durch die zusätzliche Verbauung hat der „Parkdruck“ zugenommen, sodass auch die Straßenränder der Ulmgasse vermehrt als Parkfläche verwendet werden. Das führt immer wieder zu gefährlichen Situationen, insbesondere im Bereich der Siedlungsanlage Ulmgasse14, da bei der Ausfahrt in den Straßenbereich die Sicht auf die Verkehrsfläche durch parkende Autos verstellt ist.

Vertreter der Hausgemeinschaft Ulmgasse 14 sind daher mit der Bitte an mich herangetreten, hier eine Verbesserung der Verkehrssicherheit zu erwirken.

Namens der sozialdemokratischen Gemeinderatsfraktion stelle ich daher den

Antrag,

die zuständigen Stellen im Haus Graz mögen sich im Sinne des Motivenberichtes dieser Angelegenheit annehmen, um die Verkehrssicherheit in diesem Bereich ehe baldigst zu verbessern (z.B. durch Anbringung von Speerflächen oder Halteverbotszonen im Bereich der Ausfahrt, um das sichtbehindernde Parken zu unterbinden).



Antrag

an den Gemeinderat in der Sitzung vom 14. Februar 2018

eingebracht von **Nikolaus Swatek**

Betrifft: Maßnahmenpaket Durchimpfungsrate und ihre Erhebung

Die aktuellen Masern-Fälle in Graz und Tirol zeigen deutlich: Wir brauchen in Österreich, und speziell in Graz, geeignete Maßnahmen, um die Impfquote deutlich zu erhöhen. In Graz hat nur ein kranker Jugendlicher gereicht, um dutzende Kleinkinder anzustecken. Immer noch haben wir in Österreich eine extrem schlechte Datenlage, eine in vielen Bereichen zu niedrige Durchimpfungsrate und kein wirksames Konzept, um diese Situation rasch und nachhaltig zu ändern! Es ist ein Wahnsinn, dass in Europa immer noch Kinder an Masern sterben müssen, obwohl diese Krankheit bereits so gut wie ausgerottet war. Besonders bei hoch ansteckenden Krankheiten wie Masern oder Keuchhusten schaden besonders auch Impfgegner. Dabei leider nicht nur sich selbst, sondern auch der Allgemeinheit. Vor allem vulnerable Gruppen wie ältere Menschen, immunschwache Personen und Kleinkinder sind auf den Herdenschutz und damit auf eine entsprechend hohe Durchimpfungsrate angewiesen. Es geht hier um den Schutz der Schwächsten in unserem Land.

Österreich liegt damit weit über dem WHO-Eliminationsziel von <1 pro 1 Million Einwohnerinnen und Einwohnern. Größtes Problem ist die zum Teil sehr niedrige Durchimpfungsrate. Während bei den 10- bis 14-Jährigen die erforderliche Durchimpfungsrate von 95 % erreicht werden kann, liegt laut einer Analyse aus dem Jahr 2017 der komplette Impfschutz mittels 2 Dosen bei den 15- bis 30-Jährigen bei knapp 70 %.

Ein Ergebnis Bemühungen der NEOS im Nationalrat führte bereits zur Einführung des elektronischen Impfpasses, der von Gerald Loacker im Nationalrat beantragt wurde. Dazu laufen mittlerweile Vorbereitungen für Pilotprojekte im Rahmen des Kinderimpfkonzeptes mit Kindern von 0 bis sechs Jahren bzw. dem Schuleintritt in der Steiermark, in Niederösterreich und in Wien. Das geht jedoch nicht weit genug. Wir müssen den Elektronischen Impfpass auf alle Altersgruppen ausweiten inklusive der Möglichkeit, bereits erhaltene Impfungen nachzutragen. Auch ist derzeit vollkommen unklar, wie und ob Schul- und Amtsärzt_innen an das System angeschlossen werden sollen, da sie auch nicht in die ELGA integriert sind. Das wäre notwendiger Schritt, um die miserable Datenlage in Österreich nachhaltig zu

verbessern. Derzeit wird die Impfquote in Österreich lediglich durch Hochrechnungen der abgegebenen Impfdosen oder Marktforschungsergebnisse erhoben.

Ich stelle daher den Antrag,

dass die zuständigen Stellen der Stadt Graz ersucht werden mit den zuständigen Stellen der Bundesregierung sowie der Landesregierung in Kontakt zu treten und sich für:

- a, eine Impfstatuserhebung bei Schuleintritt stark zu machen. Wer an einer öffentlichen Schule eingeschrieben werden will, sollte einen vollständigen Impfstatus, wie im Kinderimpfprogramm vorgesehen, vorweisen können. Dazu müssen die Schulärzt_innen an die E-Card angebunden werden.
- b, die Transparenz bei Impfdaten durch ein jährlich zu veröffentliche Kinderimpfstattistik für die Steiermark stark machen.
- c, für die Finanzierung von jährlichen Vorsorgeuntersuchungen für Kindergartenkinder durch Kinderärzt_innen stark machen.
- d, die Anbindung der Schulärzte an die E-Card, bzw an den digitalen Impfpass stark machen.



Antrag

an den Gemeinderat in der Sitzung vom 14. Februar 2018
eingebracht von **Nikolaus Swatek**

Betrifft: Prüfung der Grazer Ehrenbürger

Unter dem Nazi-Regime 1942 wurde Hans Kloepfer zum Ehrenbürger der Stadt Graz ernannt. Heute gilt Hans Kloepfer in der historischen Forschung als "Wegbereiter des Nationalsozialismus in der Weststeiermark".¹

„Vor allem sein flammender Aufruf an die Bauern des Stubalmgebiets im März 1938, bei der Volksabstimmung nach dem „Anschluss“ an Nazi-Deutschland mit „Ja“ zu stimmen, wird heute sehr verurteilt. Ebenso sein „Steirischer Bergbauerngruß“ in dem es heißt: „Schreibm tuat er si Hitler,/ und uns so guat gsinnt,/wia ma weit in der Welt/ net an liabern wo findt.“ Kloepfer beteiligte sich auch am „Bekennnisbuch österreichischer Dichter“, in dem er den Anschluss begeistert begrüßte und wurde mit 1. Mai 1938 Mitglied der NSDAP - mit einer Mitgliedsnummer, die nur „verdienten Österreichern“ vorbehalten war. Zahlreiche Neuauflagen und Ehrungen folgten. Am 26. Juni 1944 verstarb Kloepfer nach einem Schlaganfall im Alter von 77 Jahren und erhielt ein Staatsbegräbnis. Gauleiter Sigfried Uiberreither lobte Hans Kloepfer in seiner Grabrede als „Kämpfer der Verbotszeit“ - und Adolf Hitler und Joseph Goebbels schickten Kränze.“

Kloepfer befindet sich auch im Expertenkommissionsbericht zu Straßennamen unter den zwanzig sehr problematischen Namen. Noch heute ist Kloepfer Ehrenbürger der Stadt Graz. Auf der Homepage der Stadt Graz wird Kloepfers nationalsozialistische Vergangenheit komplett verschwiegen. Auch auf der nach ihm benannten Straße oder seiner Büste auf dem Grazer Schloßberg fehlt ein Hinweis. Da Ehrenbürger die Aushängeschilder unserer Stadt sind, wäre ähnlich zur Prüfung problematischer Straßennamen, auch eine Prüfung der Grazer Ehrenbürger sinnvoll.

¹ Binder, Dieter: Pietas Austriaca Das imperiale Erbe der Republik Österreich. In: Burkhard Pöttler/Katharina Eisch-Angus u. a. (Hgg.), Fundstücke europäisch-ethnologischen Forschens. Eine Festschrift für Helmut Eberhart (Münster–New York 2018), 159–171.

Ich stelle daher den Antrag,
dass die zuständigen Stellen der Stadt Graz ersucht werden die Grazer
Ehrenbürger, ähnlich der Analyse zu Grazer Straßennamen zu überprüfen.
Gegebenenfalls sollen Ehrenbürger die nicht heutigen Werten unserer Stadt teilen,
die Ehrenbürgerschaft widerrufen werden.



Antrag

an den Gemeinderat in der Sitzung vom 14. Februar 2018
eingebracht von **Nikolaus Swatek**

Betrifft: Zusatztafeln Kloepfer Denkmäler zu seiner
NS-Vergangenheit

Unter dem Nazi-Regime 1942 wurde Hans Kloepfer zum Ehrenbürger der Stadt Graz ernannt. Heute gilt Hans Kloepfer in der historischen Forschung als "Wegbereiter des Nationalsozialismus in der Weststeiermark".¹

„Vor allem sein flammender Aufruf an die Bauern des Stubalmgebiets im März 1938, bei der Volksabstimmung nach dem „Anschluss“ an Nazi-Deutschland mit „Ja“ zu stimmen, wird heute sehr verurteilt. Ebenso sein „Steirischer Bergbauerngruß“ in dem es heißt: „Schreibm tuat er si Hitler,/ und uns so guat gsinnt,/wia ma weit in der Welt/ net an liabern wo findt.“ Kloepfer beteiligte sich auch am „Bekennnisbuch österreichischer Dichter“, in dem er den Anschluss begeistert begrüßte und wurde mit 1. Mai 1938 Mitglied der NSDAP - mit einer Mitgliedsnummer, die nur „verdienten Österreichern“ vorbehalten war. Zahlreiche Neuauflagen und Ehrungen folgten. Am 26. Juni 1944 verstarb Kloepfer nach einem Schlaganfall im Alter von 77 Jahren und erhielt ein Staatsbegräbnis. Gauleiter Sigfried Uiberreither lobte Hans Kloepfer in seiner Grabrede als „Kämpfer der Verbotszeit“ - und Adolf Hitler und Joseph Goebbels schickten Kränze.“

Kloepfer befindet sich auch im Expertenkommissionsbericht zu Straßennamen unter den zwanzig sehr problematischen Namen. Auf der Homepage der Stadt Graz wird Kloepfers nationalsozialistische Vergangenheit komplett verschwiegen. Auch auf der nach ihm benannten Straße oder seiner Büste auf dem Grazer Schloßberg fehlt ein Hinweis.

¹ Binder, Dieter: Pietas Austriaca Das imperiale Erbe der Republik Österreich. In: Burkhard Pöttler/Katharina Eisch-Angus u. a. (Hgg.), Fundstücke europäisch-ethnologischen Forschens. Eine Festschrift für Helmut Eberhart (Münster–New York 2018), 159–171.

Ich stelle daher den Antrag,
dass die zuständigen Stellen der Stadt Graz ersucht werden auf allen öffentlich sichtbaren Denkmälern Kloepfers (unter anderem seine Brüste am Grazer Schlossberg, der Homepage der Stadt Graz, sowie unter seinem Ehrenbürger-Bild) eine Zusatztafel anzubringen die auf seine Vergangenheit als "Wegbereiter des Nationalsozialismus in der Weststeiermark" hinweist.